

## Frage/Anregung Nr. 01

zur Einwohner/innenfragestunde am 27. April 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Andreas Götz
-------------------------	--------------

### Anregung:

Zur Verkehrsvermeidung rege ich an, den Fußweg von 'Zur Wann' in Wehrda bis zum Nordende des Hauptwerkes Behringwerke wieder begehbar zu machen und die Behringwerke zu ermutigen, am Nordende des Hauptwerkes eine automatische Personenschleuse einzurichten.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Der Weg ist im Moment nur als Trampelpfad zu erkennen und hat eine Länge von ca. 660 m vom Waldparkplatz bis zum vorhandenen Tor am Nordende des Betriebsstandortes. Um den teilweise sehr steilen Weg als abgesandeten Schotterweg begehbar zu machen, würden Kosten in Höhe von ca. 100.000 € entstehen.

Da der Weg unseres Erachtens eher unattraktiv ist, ist kaum damit zu rechnen, dass eine spürbare Verkehrsvermeidung eintreten würde. Des weiteren ist der Weg im Eigentum von zahlreichen Eigentümern, was die Umsetzung erfahrungsgemäß sehr schwierig machen würde.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Frage/Anregung Nr. 02

zur Einwohner/innenfragestunde am 27. April 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Hans-Horst Althaus
-------------------------	--------------------

### Anregung:

Was gedenkt die Stadt Marburg (Magistrat – Straßenverkehrsbehörde – Polizei ...) gegen eine inzwischen weit verbreitete „Unsitte“ – de factor: voprsätzliche und grob fahrlässig verkehrsfährdende und zudem strafbewehrte Ordnungswidrigkeit! – des Überholens auf der Gegenfahrbahn trotz durchzogener weißer Fahrbahnbegrenzung zu tun?

Die weitgehend engen Marburger Straßen erfordern grundsätzlich den Verzicht auf das Überholen, vor allem von Radfahrern. Besonders augenfällig wird die o.g. Gefährdung auf dem Pilgrimstein, wo eine gegenläufige Fahrradspur mit einem besonders breiten Weißen Streifen markiert ist.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Dahingehende Kontrollen und insbesondere der gerichtsfeste Beweis gestalten sich ausgesprochen schwierig. Wichtiger und effizienter sind in diesem Bereich die Aufklärungsarbeit und die Förderung gegenseitiger Rücksichtnahme. Ganz aktuell arbeitet die Stadt Marburg an der Kampagne „Fairness und Miteinander im Straßenverkehr“, die u. a. genau dieses Thema behandelt und schon sehr bald öffentlich wirksam wird.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Frage/Anregung Nr. 03

zur Einwohner/innenfragestunde am 27. April 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Birte Jule Diehl
-------------------------	------------------

### Anregung:

Da sich durch die Verlegung der UB die Anforderungen an den ÖPNV ändern, rege ich an, dass die bisherige Buslinie zum Schloß durch eine neue Linie ersetzt wird, die vom Firmaneiplatz über Barfußertor und Untergasse zum Schloß führt und anschließend über Rudolphsplatz zurück zum Firmaneiplatz erfolgt. Eine Alternativroute wäre über "Im Köhlersgrund" und wünschenswerte Stichstrecke "Rosenpark". In dieser Form würde die Linie sowohl den Bewohnern der Studentenwohnheime am Schloß als auch den Schloßbesuchern, die mit dem Reisebus ankommen, dienen. Eine Bedienung des Marktes ist nicht nötig, da der Aufzug angefahren werden kann. Die Bedienung sollte mit Bussen unter 7,5 Tonnen erfolgen. Mit der Planung sollte ein externes Planungsbüro beauftragt werden.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Die von der Fragestellerin geforderte Busverbindung wird bereits jetzt weitestgehend durch die Linie 10 der Stadtwerke Marburg GmbH realisiert. Die Linie 10 verkehrt mit Midi-Bussen zwischen Hauptbahnhof und Schloss stündlich über die Route Bahnhofstraße – Elisabethstraße – Pilgrimstein - Universitätsstraße – Gutenbergstraße – Untergasse – Reitgasse – Markt – Barfüßerstraße - Rotenberg – Sybelstraße – Lutherstraße – Gisonenweg. Zurück über die Route Gisonenweg – Lutherstraße – Sybelstraße – Rotenberg – Barfußertor – Wilhelmsplatz – Universitätsstraße – Biegenstraße – Deutschhausstraße – Bunsenstraße – Robert-Koch-Straße – Bahnhofstraße. Mit dieser Linienführung werden bereits jetzt die Neue Universitätsbibliothek (Einstiegshaltestelle Elisabethkirche vor der Einhorn-Apotheke), das Hotel „Rosenpark“ (Einstiegshaltestelle Bahnhofstraße) und die Studentenwohnheime am Schloss (Einstiegshaltestelle Schloss) bedient.

Die Bedienung des Marktes ist unbedingt erforderlich, da die Oberstadt ansonsten abgehängt würde.

Die Bedienung mit Kleinbussen ist aus verkehrswirtschaftlicher Sicht nicht möglich. Die Nachfrage ist zu groß.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Frage Nr. 04

zur Einwohner/innenfragestunde am 27. April 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Waltraud Althaus
-------------------------	------------------

### Frage:

Wie viele stationäre Funkeinrichtungen (Mobilfunkmasten u.ä.m.) befinden sich in bewohnten Bereichen in der Stadt Marburg und ihren Stadtteilen, die ständig Funksignale in ihre Umgebung abgeben – einschl. Feuerwehr, Polizei, ... und gibt es davon ein zugängliches Kataster?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 63 - Bauaufsicht
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Leider kann über die Anzahl der stationären Funkeinrichtungen/Mobilfunkmasten in den angefragten Bereichen von bauaufsichtlicher Seite keine Aussage getroffen werden, da

1. kein entsprechender Suchlauf für möglicherweise erteilte Baugenehmigungen in unserem Bearbeitungsprogramm INPRO hinterlegt ist und
2. zweitens Mobilfunkanlagen bis einschl. 10 m Höhe gem. § 55 HBO Anlage 2 Pkt. 5.1 baugenehmigungsfrei sind und die Bauaufsichtsbehörden in solchen Fällen diesbezüglich keinerlei Informationen erhalten.

Auskunft könnte möglicherweise die Bundesnetzagentur geben, da diese zuständig ist für die Erteilung der erforderlichen Standortbescheinigungen und über eine entspr. Datenbank verfügt. Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite der Bundesnetzagentur über [www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de).

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Frage Nr. 05

zur Einwohner/innenfragestunde am 27. April 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Gerhard Haberle
-------------------------	-----------------

### Frage:

Trifft es zu, dass der Naturschutzbeirat Marburg - der aus 8 stimmberechtigten Mitgliedern besteht, wovon 5 Mitglieder seit 17 Jahren und 3 Mitglieder 8 Jahre im Amt sind, obwohl nach dem HENatG § 34 die Amtsdauer nur 4 Jahre beträgt - sowohl den erfolgten Baumfällungen auf dem Vitosgelände als auch den geplanten Baumfällungen am "Grüner Wehr" zugestimmt hat und mit welcher Begründung?

Die Sitzungen des Naturschutzbeirats sind zwar nicht öffentlich, jedoch nach § 5 der Geschäftsordnung "gilt die Geheimhaltung ihrer Beschlüsse nicht über Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen". Deshalb sollte der Marburger Bevölkerung, im Sinne der Transparenz, ein Auszug aus dem Sitzungsprotokoll zu diesem Themenkomplex, in Anlehnung an die Handhabung beim Naturschutzbeirat in Darmstadt, zugänglich gemacht werden.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 69 - Umwelt und Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Zu 1.

Die Zusammensetzung des Naturschutzbeirates wird alle 4 Jahre neu beschlossen. Die Naturschutzverbände sind hierfür berechtigt, jeweils einen Vertreter/in zu benennen. Die uns vorgeschlagenen Vertreter/innen werden dann seitens des Magistrats beschlossen.

Die Wahlperiode dauert 4 Jahre, nach einer Periode steht es den Verbänden frei, für die folgende Periode dieselbe Person zu benennen.

Zu 2.

Die Sitzungen des Naturschutzbeirates sind nicht öffentlich – so auch die Abstimmungen. Zu den angesprochenen Inhalten der Beratungen des Naturschutzbeirates darf der Magistrat deshalb keine Antwort geben.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Frage Nr. 06

zur Einwohner/innenfragestunde am 27. April 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Heidi Röger
-------------------------	-------------

### Frage:

An der Zufahrt von der Dürer- in die Lenaustraße befinden sich auf beiden Seiten Gehwege, die nach einigen Metern im Nichts enden. Diese Gehwege und das Nichts werden zurzeit als Parkfläche genutzt. Auf beiden Seiten wird sowohl in Fahrtrichtung als auch gegen diese geparkt. Zufahrten in die Lenaustraße, zu Stellplätzen oder Carports werden häufig zugeparkt, so dass es sehr schwer ist, dort hinein- oder herauszukommen. Die Lenaustraße ist deshalb nur einspurig befahrbar. Große Fahrzeuge, z. B. von der Müllabfuhr oder der Post, Tanklaster etc. mussten bereits mehrfach zurückfahren, weil die Straße zu eng zugeparkt war. Ein Durchkommen für die Feuerwehr ist nicht immer gewährleistet. Fußgänger\*innen, Schüler\*innen, kurz alle Menschen, die nicht im Auto unterwegs sind, müssen in der Mitte dieser Straße gehen. Autofahrer\*innen erwarten selbstverständlich, dass sich die auf der Straße bewegendenden Menschen zwischen die parkenden Automobile quetschen, wenn sie angefahren kommen. Diese Straße ist auch ein Schulweg zur Geschwister-Scholl-Schule, und die Autofahrer\*innen sehen beim Einbiegen in diese Straße nicht, ob sich dort gerade Fußgänger\*innen auf der Fahrbahn befinden. Es kam bereits zu mehreren nicht ungefährlichen Begegnungen.

Daher meine Frage:

Besteht die Möglichkeit auf der rechten Seite der Lenaustraße von der Dürerstraße aus gesehen an der Zufahrt von der Dürerstraße aus ein (eingeschränktes) Parkverbot zu erlassen, damit die nicht Auto fahrenden Menschen dort sicher gehen können?

Ab der Zufahrt zu den Häusern Lenaustraße 12 + 14 gibt es bereits ein Parkverbotsschild, dies könnte z. B. ohne weiteres weiter nach oben Richtung Dürerstraße versetzt werden, so dass die Lenaustraße von der Dürerstraße bis zur Violastraße auf der rechten Seite einen ungefährlichen Weg für Fußgänger\*innen bietet.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Der Fachdienst Straßenverkehr prüft zusammen mit dem regionalen Verkehrsdienst der Polizei, ob durch ein (eingeschränktes) Halteverbot oder andere Maßnahmen die Situation für die Fußgänger in dem angesprochenen Bereich verbessert werden kann.

Die Fragestellerin wird schriftlich über das Ergebnis informiert.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Frage Nr. 07

zur Einwohner/innenfragestunde am 27. April 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Stefan Diefenbach-Trommer
-------------------------	---------------------------

### Frage:

Nachdem Herr Bürgermeister Stötzel öffentlich erklärt hat, dass er das Mahnrad in der Bahnhofstraße hat entfernen lassen, weil sich Anwohner beschwert hätten, ich aber erlebe, dass auf meine Bitten, Störungen zu beseitigen, eher nicht reagiert wird, gewinne ich den Eindruck, dass die Bürger in der Beteiligung verschieden gewichtet werden und wüsste daher gerne, wie viele Bürgerinnen und Bürger sich diesbezüglich an Herrn Stötzel gewandt haben und ob diese Bürgerinnen und Bürger eventuell einer bestimmten Lobbygruppe angehören.

Die Zugehörigkeit zu einer Lobbygruppe erscheint mir relevant, da die Stadtverordnete Frau Schaffner von einer "Rad-Lobby" sprach, die in Marburg aktiv sei. Ist es nötig, sich zu einer "Lobby" zusammenzuschließen, um Gehör im Magistrat zu finden, oder ist das eher schädlich?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	7.2 Bürgerbeteiligung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Natürlich ist die Mitgliedschaft in einer "Lobby-Gruppe" nicht Voraussetzung dafür beim Magistrat Gehör zu finden. Bürgerbeteiligung lebt gerade davon ein breites Spektrum an Meinungen und Anregungen zu bestimmten Themen einzuholen und bei Entscheidungsprozessen mit zu bedenken bzw. einfließen zu lassen. Dies allein spricht schon gegen eine Fokussierung auf sogenannte Lobby-Gruppen.

Die Verwaltung ist deshalb bemüht, den Störungsmeldungen oder Anzeigen aller Bürgerinnen und Bürger zeitnah nachzugehen und diese zu beseitigen. Dies ist leider nicht immer umgehend möglich, je nach Umfang der zu treffenden Maßnahmen.

Zur Beseitigung des "Mahnrades" in der Bahnhofstraße hat Herr Bürgermeister Stötzel in der Öffentlichkeit bereits mehrfach Stellung bezogen, so auch im Rahmen der Einwohnerfragestunde am 23.02.2018. Die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger, die sich in der Angelegenheit an Herrn Stötzel gewandt haben, ist zahlenmäßig nicht erfasst worden.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister